



## Ostermarsch Rhein- Neckar 2018

### Mehr als 500 Menschen demonstrieren für Alternativen zu Bundeswehreinsätzen Rüstungsexporten und Nato-Aufrüstung

Der Ostermarsch Rhein-Neckar 2018 in Heidelberg am 31. März 2018 war eine wichtige und gute Aktion. Sie machte deutlich, dass Bundeswehreinsätze, Rüstungsexporte und Erhöhung der Rüstungsausgaben eine wesentliche Ursache für Kriege und eskalierte Konflikte sind.



Es ist gut, dass sich über 500 Menschen beteiligten und für Alternativen auf die Straße gegangen sind. In Heidelberg und bundesweit gab es mehr TeilnehmerInnen als im Vorjahr. Es ist keine Frage, dass es gut gewesen wäre, wenn sich noch mehr Leute engagiert hätten. Viel wichtiger ist aber die Erkenntnis, dass nach dem Ostermarsch weitere Aktionen folgen und sich die TeilnehmerInnen motivierter und überzeugter dafür einsetzen werden.

### Von der Coleman-Kaserne in Mannheim geht Krieg aus

Das Friedensplenum Mannheim war Mitveranstalter des Ostermarschs und machte durch die Rede von Roland Schuster deutlich, dass die Coleman-Kaserne in Mannheims Norden ein Ort ist, der bei der Nato-Ostexpansion eine wichtige Rolle spielt. Dort werden Panzer und gepanzerte Fahrzeuge buchstäblich in Schuss gehalten um sie rasch in die östlichsten Nato-Länder zu bringen. Für und nach Manövern an den Grenzen zu Russland werden sie auf dem riesigen Areal gewartet. Die Aktivitäten auf Coleman dienen dazu, die vertragswidrige dauerhafte Stationierung von Waffen und SoldatInnen in die an Russland grenzenden Nato-Länder zu sichern. Das wird aber weder den Sicherheitsinteressen der baltischen Staaten noch denen Russlands gerecht, sondern eskaliert den kalten Krieg.



### Banken ermöglichen Rüstung und profitieren davon

Renate Wanie vom Heidelberger Friedensratschlag befasst sich in ihrer Rede mit der Frage, wie sehr Rüstung und Krieg auch durch Finanzgeschäfte der Banken ermöglicht werden. Bei ihrer Rede vor der Commerzbank sagte sie: „Ohne Kredite und ohne Investoren werden kein Atomkraftwerk, kein Panzer, kein G3-Gewehr und keine Bomben gebaut! Alle Kriege der Welt

brauchen Geld. Nur aus diesem einen Grund können sie geführt werden. Gespeist wird diese tödliche Industrie mit den Milliarden der Banken und mit unserem Geld.“



Renate forderte zu Divestment auf, bei dem es darum geht dass Kommunen, Universitäten und Pensionsfonds aufgefordert werden, ihr Geld aus Banken abzuziehen, die Atomwaffen und -kraftwerke und Waffen unterstützen. Genau das tut die Commerzbank trotz wohlklingende Richtlinie für Rüstungsfinanzierung, denn zu ihren Kunden gehören Rüstungsgrößen wie ThyssenKrupp, Krauss-Maffei-Wegmann oder Rheinmetall, die U-Boote, Panzer oder Munition in Spannungsgebiete wie Israel, Algerien oder Saudi Arabien liefern. Renate zitierte dabei aus der Studie „Die Waffen meiner Bank“, die die Organisation „urgewald“ unter Mitwirkung von Barbara Happe veröffentlicht hat. Barbara war Referentin bei einer Veranstaltung, „[Die Waffen meiner Bank](#)“

“, die das Friedensplenum und das Ökumenische Bildungszentrum sanctclara organisiert haben. Divestment meint auch, dass man bei seiner Bank, seinem Fond, seinem Riester-Anbieter nachbohrt, ob sie garantieren können, nicht in Rüstung zu finanzieren.



[Mehr Informationen zum Ostermarsch](#)

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg - für eine solidarische Welt:

[Ausführliche Dokumentation von Reden, Links und Fotos](#)

Friedensbündnis Heidelberg: [Reden und Fotos](#)

Kommunal-Info Mannheim: [Ostermarsch Rhein-Neckar](#)

Rhein-Neckar-Zeitung: [Farbe für den Frieden](#) (plus Fotogalerie) 500 Teilnehmer in Heidelberg gegen Aufrüstung, Krieg und atomares Wettrüsten

---



**Aufruf zur Werbung für den Ostermarsch  
Abrüsten statt Aufrüsten! Fluchtursachen beseitigen ☐ Kriege  
beenden!**

## **Sa. 31. März 2018, Start 12 Uhr Heidelberg Hauptbahnhof, Abschluss: Uniplatz**

Die Welt rückt näher an den Abgrund: Im Konflikt zwischen Nordkorea und den USA drohen die Staatsführer öffentlich mit Atomschlägen. Im Nahen Osten werden immer mehr Länder durch Kriege und Militärinterventionen verwüstet. Die NATO-Staaten wollen ihre Militärausgaben drastisch erhöhen. Die Spannungen zwischen NATO und Russland können zum Krieg in Europa und weltweit eskalieren.

Eine Abkehr von dieser Politik ist dringend geboten. Wirtschaftliche und strategische Interessen dürfen nicht weiter mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden. Nur eine aktive Friedenspolitik gepaart mit fairem Welthandel kann Krieg und Elend vermeiden.

### **Für Frieden im Nahen Osten – gegen deutsche Kriegsbeteiligung**

Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Mali ... immer mehr Länder werden durch Kriege und indirekte Interventionen verwüstet. Nach wie vor trägt die Unterstützung regierungsfeindlicher Milizen durch Nato-Staaten, insbesondere die USA, und ihre regionalen Verbündeten maßgeblich zur Fortsetzung des Krieges in Syrien bei. Im Nordirak wurde im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ die Millionenstadt Mossul und andere Großstädte weitgehend zerstört. Der Krieg und das Embargo Saudi Arabiens gegen den Jemen werden von NATO-Staaten politisch, militärisch und mit Waffenlieferungen – auch aus Deutschland – unterstützt. Weltweit sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht – mehr als ein Viertel von ihnen kommen aus Syrien, Irak und Jemen.

### **Türkei: Keine Unterstützung der repressiven Innen- und aggressiven Außenpolitik**

Das NATO-Mitglied Türkei zählt zu den Staaten, die am meisten zur Destabilisierung der Region beitragen. Über die Türkei fließt bis heute der größte Teil der Waffen an regierungsfeindliche Milizen in Syrien, inklusive dschihadistischer, wie der Al Nusra Front.

Türkische Truppen greifen immer wieder kurdische Stellungen in Syrien an. Aktuell erfolgt □ u.a. mit deutschen Panzern □ ein Großangriff auf die syrische, mehrheitlich kurdische Provinz Afrin. Gleichzeitig unterdrückt das Erdogan-Regime die kurdische und oppositionelle Bevölkerung im eigenen Land. Die Unterstützung dieser Politik durch Berlin, insbesondere die Lieferung von Waffen, muss umgehend eingestellt werden.

### **Ukraine: Konfrontationspolitik gegen Russland beenden und Konflikte friedlich beilegen**

Der Konflikt in der Ukraine zwischen den russisch-sprachigen und von Russland unterstützten Gebieten im Osten und der pro-westlichen und Russland-feindlichen Regierung in Kiew birgt noch immer die Gefahr einer Eskalation. Wir erwarten von der Bundesregierung und der EU konstruktive Bemühungen für eine politische Lösung gemäß dem Minsker Abkommen, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. Frieden und Zusammenarbeit in Europa kann nur mit, nicht gegen Russland erreicht werden. Der Truppenaufmarsch der NATO und die Manöver an den Grenzen Russlands müssen beendet werden.

### **Auslandseinsätze beenden, für eine friedliche Außenpolitik**

Seit den 1990er Jahren beteiligt sich Deutschland wieder an Kriegen und Militäreinsätzen. Die Bundeswehr wurde zu einer „Armee im Einsatz“, zur Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Handelswegen. Die alte und neue Regierungskoalition fordert sogar eine noch stärker militarisierte Außenpolitik. Als außenpolitischen Rahmen forciert sie zusammen mit Frankreich die Militarisierung der EU. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und jeglicher anderer Unterstützung militärischer Interventionen. Die deutsche Außenpolitik soll zukünftig auf zivile Mittel beschränkt werden.

### **Grenzen öffnen für hilfeschende Menschen - Grenzen schließen für Waffen**

Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Die deutschen Rüstungsexporte □ auch an kriegführende, autoritäre und menschenrechtsverletzende Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar □ wurden entgegen aller Versprechungen der großen Koalition nicht zurückgefahren. Auch der neue Koalitionsvertrag enthält kein Verbot von Rüstungsexporten an kriegführende Staaten. Die Aufrüstung von Kriegsparteien schürt unmittelbar Kriege, wie den Krieg Saudi-Arabiens gegen Jemen, und trägt maßgeblich zu Flucht und Vertreibung bei. Der

Export von Rüstungsgütern muss generell eingestellt werden.

### **Abrüsten statt Verdoppelung der Militärausgaben □ zivile Produktion statt Rüstung**

Die NATO-Staaten, auf die bereits über die Hälfte der weltweiten Militärausgaben entfallen, haben sich verpflichtet, zukünftig zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Militär und Rüstung auszugeben. Für Deutschland würde dies eine Verdoppelung des Militärhaushalts auf über 70 Mrd. Euro bedeuten. Wir fordern stattdessen eine deutliche Senkung der Militärausgaben und die Investition der freiwerdenden Geldmittel in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen und für den Einsatz ziviler politischer Konfliktbearbeitung. Die Rüstungsproduktion muss durch Konversion auf zivile Produktion umgestellt werden.

### **Für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen**

Im letzten Jahr unterzeichnete eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung die Unterschrift unter dieses UN-Abkommen verweigert. Wir fordern die sofortige Unterzeichnung. Auch der Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2010 muss endlich umgesetzt und Pläne zur „Modernisierung“ der Atomwaffen müssen gestoppt werden!

### **Von unserer Region geht Krieg aus**

Wir setzen uns dafür ein, dass das 210 Hektar (das 5-fache des Luisenparks) große Militärgelände des Coleman-Areals in Mannheim-Sandhofen von der US-Army endlich freigegeben wird. Auf diesem Gelände werden vermutlich 1.200 Militärfahrzeuge, darunter 250 Panzer, gelagert und gewartet. Sie werden für die ständigen Manöver oder einen möglichen Militäreinsatz in Osteuropa bereitgehalten und stehen in direktem Zusammenhang mit der Aufrüstung der NATO an der russischen Grenze. Die ständig in Bereitschaft gehaltenen Panzer erhöhen die Kriegsgefahr.

Das Friedenplenum Mannheim spricht beim Coleman-Areal von einer „Drehscheibe für kommende Kriege.“

Wir treten ein für:

- die Beendigung aller Bundeswehreinätze

- ein Ende der NATO-Expansion im Osten
- die Bearbeitung von Konflikten mit politischen und zivilen Mitteln
- den Stopp des Waffenexports und der Entwicklung neuer Waffensysteme
- den Austritt Deutschlands aus der NATO und die Auflösung der Kriegsallianz
- eine Stärkung der UNO für die friedliche Konfliktbearbeitung

**Veranstalter:** [Friedensbündnis Heidelberg](#) und Friedensplenum Mannheim

[Flyer runterladen](#)